Landeshauptstadt
München

Rathaus Umschau

Donnerstag, 11. November 2010
Ausgabe 216

Inhaltsverzeichnis

Terminhinweise **2**
Bürgerangelegenheiten **4**
Meldungen **4**
› Erhöhte Hundesteuer ab 2011 4
› Ehrenpreis für guten Wohnungsbau, Wohnen im Alter und vorbildliche Sanierung 5
› München erarbeitet im europäischen Projekt Polis einen Aktionsplan solare Stadtplanung 6
› Dialogforen zum Thema „Reform der Hauptschulen – auf dem Weg zur Mittelschule“ 7
› Hinweise der Naturschutzbehörde zum Überwintern von Igeln 8
› Fördermittel für effizientes Bauen richtig kombinieren 8
› Konzert gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit 9
› Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 9 10
› Beflaggung zum Volkstrauertag 11
› Winterdienstbilanz für Mittwoch, 10. November 11
› Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum 12
Antworten auf Stadtratsanfragen **13**
› Welchen Stellenwert hat geschlechtergerechte Pädagogik in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt München? 13

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat **27**

Herausgeber: Presse- und Informationsamt der Landeshauptstadt München
Verantwortlich für den Inhalt: Stefan Hauf, Druck: Stadtkanzlei, Gemeinsame Anschrift: Rathaus, Marienplatz 8, 80313 München, Telefon 2 33-9 26 00, Telefax 2 33-2 59 53, presseamt@muenchen.de, www.muenchen.de/rathaus

Terminhinweise

Wiederholung
Freitag, 12. November, 10.30 Uhr, Kinder- und Jugendbibliothek in der Münchner Stadtbibliothek Am Gasteig, Rosenheimer Straße 5
Dieter Reiter, Referent für Arbeit und Wirtschaft der Landeshauptstadt München, begleitet eine Schulklasse auf der „Europa Rallye" durch die Münchner Stadtbibliothek. An verschiedenen Stationen lernen die Kinder, welche Bedeutung Europa für sie hat und wo sie in ihrem Alltag überall damit zu tun haben.
Im Anschluss besucht Reiter das Europe Direct-Informationszentrum für München und Oberbayern im selben Gebäude. Das Informationszentrum berät und informiert Bürger, Schulen und Institutionen in der Münchner Stadtbibliothek zu allen Fragen rund um die Europäische Union. Es ist ein Gemeinschaftsprojekt des Referats für Arbeit und Wirtschaft (Federführung) und des Kulturreferats mit Förderung der Europäischen Kommission.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Wiederholung
Freitag, 12. November, 12 Uhr, Moosacher St.-Martins-Platz
Oberbürgermeister Christian Ude und Baureferentin Rosemarie Hingerl erläutern bei einem Baustellenrundgang den Stand der Bauarbeiten und das künstlerische Gestaltungskonzept der beiden neuen U-Bahnhöfe der Linie U 3 „Moosacher St.-Martins-Platz" und „Moosach".
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.
Achtung Redaktionen: Ein Bus-Shuttle fährt um 11.30 Uhr von der Landschaftstraße hinter dem Rathaus zum Moosacher St.-Martins-Platz. Rückfahrt gegen 13.15 Uhr.

Wiederholung
Freitag, 12. November, 19 Uhr, Städtisches Atelierhaus, Klenzestraße 85 Rückgebäude/Baumstraße 8 b
Stadtrat Dr. Florian Roth (Bündnis 90/Die Grünen) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Eröffnung von „Offen 2010". Die Kunsthistorikerin Dr. Gudrun Szczepanek hält eine Einführung zu den in den Ateliers gezeigten Werken.

Sonntag, 14. November, 19 Uhr, Arri-Kino, Türkenstraße 91
Staatsminister Georg Fahrenschon und Stadträtin Ursula Sabathil in Vertretung des Oberbürgermeisters sprechen Grußworte zur Eröffnung des 30. Internationalen Festivals der Filmhochschulen. Im Anschluss wird der Film „dreimaldraussen" gezeigt. Bis zum 20. November sind unter dem Motto „Filmnachwuchs im Aufbruch" insgesamt 44 Filme aus 26 Ländern zu sehen.

Montag, 15. November, 19 Uhr, Saal des Alten Rathauses
Stadtrat Alexander Reissl (SPD) spricht in Vertretung des Oberbürgermeisters Grußworte zur Verleihung der Ehrenpreise für Guten Wohnungsbau, Wohnen im Alter und vorbildliche Sanierung 2010 und überreicht gemeinsam mit Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk die Preise. Im Anschluss an die Preisverleihung findet ein Stehempfang statt.
(Siehe auch unter Meldungen)

Dienstag, 16. November, 11.30 Uhr, Paul-Heyse-Straße 20
Kommunalreferentin Gabriele Friderich und Joachim Lorenz, Referent für Gesundheit und Umwelt, stellen bei einem Presserundgang das neue städtische Beratungshaus Paul-Heyse 20 vor. Mit der Paul-Heyse 20 hat das Referat für Gesundheit und Umwelt seit September 2010 drei Beratungsstellen unter einem Dach vereint: Waren die Drogen- und Clearingstelle sowie der Sozialpsychiatrische Dienst bisher in der Bayerstraße 26 und die Alkohol- und Medikamentenberatung im Gesundheitshaus an der Dachauer Straße 90 untergebracht, steht den Bürgerinnen und Bürgern jetzt ein eigenes Beratungshaus zur Verfügung. Das Gebäude stammt aus dem Allgemeinen Grundvermögen der Stadt München und wird von der Liegenschaftsverwaltung im Kommunalreferat verwaltet. Vertreter des Baureferates informieren beim Presserundgang über die vorgenommenen Sanierungsmaßnahmen und präsentieren die Besonderheiten des denkmalgeschützen Anwesens aus dem Jahr 1912.
Der Termin ist auch für Fotografen geeignet.

Dienstag, 16. November, 12.30 Uhr, Grützznerstube im Rathaus
Pressegespräch zur Ausländerbeiratswahl. Oberbürgermeister Christian Ude, der Vorsitzende des Ausländerbeirats, Cumali Naz, und die Leiterin der städtischen Gleichstellungsstelle für Frauen, Michaela Pichlbauer, informieren über die Wahl am 28. November, bei der erstmals die Hälfte aller Kandidatinnen und Kandidaten Frauen sind, und über die Arbeit des Ausländerbeirats in den vergangenen sechs Jahren.

Bürgerangelegenheiten

Donnerstag, 18. November, 15 bis 17 Uhr, Neuhausen-Nymphenburger Anzeiger, Donnersbergerstraße 22 (barrierefrei)
Bürgersprechstunde des Bezirksausschusses 9 (Neuhausen - Nymphenburg) mit der Vorsitzenden Ingeborg Staudenmeyer.
Zeitgleich findet eine Kindersprechstunde mit der Kinderbeauftragten Ursula Zeitlmann statt.

Donnerstag, 18. November, 19.30 Uhr, Kulturzentrum Trudering, Wasserburger Landstraße 32 (barrierefrei)
Sitzung des Bezirksausschusses 15 (Trudering - Riem). Zu Beginn der Sitzung findet eine ***Bürgersprechstunde*** mit der Vorsitzenden Dr. Stephanie Hentschel statt.

Donnerstag, 18. November, 19 Uhr,
Mensa des Schulzentrums Nord, Quiddestraße 4 (barrierefrei)
Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 16 (Ramersdorf - Perlach), Bezirksteil Perlach.
Der Versammlungsleiter Stadtrat Alexander Reissl und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer informieren zu Beginn über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.
Bürgersprechstunde
Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Marina Achhammer.

Meldungen

Erhöhte Hundesteuer ab 2011
(11.11.2010) Der Stadtrat der Landeshauptstadt München hat im Rahmen der Haushaltskonsolidierung in seiner Sitzung am 24. Juni die Erhöhung der Hundesteuer ab 2011 auf 100 Euro beziehungsweise bei Kampfhunden auf 800 Euro pro Jahr beschlossen (Veröffentlichung im Amtsblatt

der Landeshauptstadt München – Nummer 20/2010). In München ist die Hundesteuer seit 20 Jahren unverändert gewesen. Im gleichen Zeitraum betrug die Steigerungsrate der allgemeinen Preisentwicklung über 42 Prozent. Die beschlossene Erhöhung der Hundesteuer auf 100 Euro pro Jahr beträgt dagegen lediglich 30 Prozent und bleibt immer noch deutlich unter dem Durchschnitt der Vergleichsstädte (zum Vergleich: Köln erhebt 156 Euro).
Die entsprechenden Steuerbescheide werden voraussichtlich am 15. November an alle betroffenen Bürgerinnen und Bürger versandt. Die Hundesteuer in der neuen Höhe wird zum 15. Januar 2011 zur Zahlung fällig. Bestehen bereits Einzugsermächtigungen, wird der Betrag automatisch abgebucht. Die Bürgerinnen und Bürger haben dann nichts weiter zu veranlassen. Sollten keine Abbuchungsermächtigungen bestehen, werden die Bürgerinnen und Bürger gebeten, bei der Überweisung an den neuen Betrag zu denken.
Da von der Hundesteuererhöhung eine Vielzahl von Hundehalterinnen und Hundehaltern betroffen ist, kann es trotz aller Bemühungen seitens des Kassen- und Steueramtes im Hinblick auf die telefonische Erreichbarkeit und die Bearbeitungszeit vor allem in den ersten Tagen nach dem Versand der Bescheide teilweise zu Engpässen kommen. Das Kassen- und Steueramt bittet daher um Verständnis und Geduld, wenn nicht beim ersten Anruf der zuständige Sachbearbeiter beziehungsweise die zuständige Sachbearbeiterin erreicht werden kann. Selbstverständlich ist das Amt auch per Mail (hundesteuer.kasta.ska@muenchen.de) oder unter der auf dem Bescheid angegebenen Nummer per Fax zu erreichen.

Ehrenpreis für guten Wohnungsbau, Wohnen im Alter und vorbildliche Sanierung

(11.11.2010) Stadtrat Alexander Reissl (SPD) überreicht in Vertretung des Oberbürgermeisters zusammen mit Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk am Montag, 15. November, um 19 Uhr im Saal des Alten Rathauses den „Ehrenpreis für guten Wohnungsbau, Wohnen im Alter und vorbildliche Sanierung", der nach fünfjähriger Pause zum zwölften Mal vergeben wird. Der Ehrenpreis wurde 1967 als Anreiz für die Schaffung eines guten und zeitgerechten Wohnungsbaues vom Stadtrat der Landeshauptstadt München beschlossen und 1968 erstmals ausgelobt. Er würdigt besondere Bauherrenleistungen sowie die Initiative und das Engagement der Bauherrinnen und Bauherren, Architektinnen und Architekten sowie Landschaftsarchitektinnen und Landschaftsarchitekten.
Der Wettbewerb hat erfreulicherweise auch dieses Jahr wieder reges Interesse gefunden. Insgesamt wurden 58 Arbeiten eingereicht, die einen

interessanten Querschnitt durch das Wohnungsbaugeschehen der letzten fünf Jahre geboten haben. Aus diesen Arbeiten wurden von einer Jury 18 Arbeiten ausgewählt, die vom Stadtrat mit dem Ehrenpreis prämiert wurden. Zusätzlich hat der Stadtrat auf Empfehlung der Jury noch drei lobende Erwähnungen ausgesprochen. Die prämierten Wohnbauten, die dazu beitragen, die Lebensqualität in der Landeshauptstadt zu erhalten, zeigen innovative Konzepte und Ideen. Sie sollen andere Bauherren und Investoren motivieren, nach neuen Lösungen zu suchen und zukunftsorientierten Wohnungsbau zu erstellen.

München erarbeitet im europäischen Projekt Polis einen Aktionsplan solare Stadtplanung

(11.11.2010) Im europäischen Kooperationsprojekt Polis hat die Landeshauptstadt München neben Lissabon, Lyon, Malmö, Paris und Vitoria-Gasteiz einen solaren Aktionsplan erarbeitet. Der Münchner Aktionsplan beinhaltet sowohl strategische Ziele als auch konkrete Maßnahmen der Stadtplanung, um die Nutzung von Solarenergie in den kommenden Jahren zu fördern. So soll bis zum Jahr 2030 der Anteil an Photovoltaik am Stromverbrauch sieben Prozent und der Anteil an Solarthermie am Gesamtwärmebedarf von Bestand und Neubau drei Prozent betragen. Passive solare Gewinne sollen ab 2012 ein Viertel des Heizwärmebedarfs in Neubaugebieten mit mehr als 100 Wohneinheiten decken.
Stadtbaurätin Professorin Dr. (I) Elisabeth Merk: „Wir haben den Aktionsplan in die übergeordneten Strategien der Stadt zur Stadtentwicklung sowie zum Klimaschutz eingebettet. Stadtgestaltung und solares Bauen stehen bei den vorgesehenen Maßnahmen in Einklang. Darauf legen wir besonderen Wert."
Zu den geplanten Pilotmaßnahmen zählt die Erstellung eines Leitfadens zur solaren Stadtplanung. Er wird inhaltliche Grundlagen und fachliche Lösungen aufzeigen sowie die stadtplanerische und denkmalpflegerische Vorgehensweise mit dem Kontext solarenergetischer Optimierung verbinden.
Der Münchner „Aktionsplan solare Stadtplanung" wurde in Kooperation zwischen dem Referat für Stadtplanung und Bauordnung und dem Projektkoordinator Ecofys (Köln) erstellt und tritt nun in die Umsetzungsphase.
Das von der Europäischen Kommission geförderte Projekt Polis (Identification and mobilisation of Solar POtentials via Local strategies) mobilisiert solarenergetische Potenziale durch Maßnahmen der Stadtentwicklung, der Stadtplanung und durch andere kommunale Aktivitäten. Es wird aus dem Intelligent Energy Europe (IEE)-Programm der Generaldirektion Energie der Europäischen Kommission gefördert.

Sigrid Lindner, Projektleiterin bei Ecofys, erklärt: „Für eine erfolgreiche Klimapolitik ist es wesentlich, europaweit Erfahrungen zu sammeln, diese zu bewerten und publik zu machen. Denn die Umsetzung von Klimaschutzzielen erfordert konzertierte Strategien und Maßnahmen auf lokaler Ebene. Genau das ist das Ziel von Polis."
Weitere Informationen zu Polis im Internet unter *www.polis-solar.eu* oder bei: Landeshauptstadt München, Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Michael Hardi, Telefon 2 33-2 29 90, Fax 233-2 78 88, E-Mail: michael.hardi@muenchen.de; Ecofys Germany GmbH, Yvonne Kettmann, Telefon 2 21 27 07 01 10, Fax 2 21 27 07 00 11, E-Mail: presse @ecofys.com

Dialogforen zum Thema „Reform der Hauptschulen – auf dem Weg zur Mittelschule"

(11.11.2010) Die von der Bayerischen Staatsregierung auf den Weg gebrachte Hauptschulinitiative sieht den freiwilligen Zusammenschluss mehrerer Hauptschulen zu Schulverbünden vor. Die Hauptschulen sollen sich im Rahmen eines Schulverbunds zu Mittelschulen weiterentwickeln. In München finden im November mehrere Dialogforen statt, bei denen die möglichen Zusammenschlüsse von Hauptschulen zu Schulverbünden bereichsbezogen vorgestellt werden und anschließend die Möglichkeit zur Diskussion gegeben ist. Für die 45 öffentlichen staatlichen Hauptschulen in München werden vier Dialogforen angeboten:

- Dialogforum „Mitte-Süd" am 16. November im Städtischen Willi-Graf-Gymnasium, Borschtallee 26,
- Dialogforum „Süd-West" am 23. November im Bürgersaal Fürstenried-Ost, Züricher Straße 35,
- Dialogforum „Nord-West" am 29. November im Beruflichen Schulzentrum an der Riesstraße, kleine Aula, Riesstraße 40 und
- Dialogforum „Nord-Ost" am 30. November im Kulturzentrum Trudering in der Wasserburger Landstraße 32.

Alle Veranstaltungen beginnen um 18 Uhr, das Ende ist jeweils für 21 Uhr geplant.
Zu Beginn der Veranstaltung sprechen Ministerialdirigent Dr. Peter Müller vom Bayerischen Staatsministerium für Unterricht und Kultus, Regierungsvizepräsident Ulrich Böger und Leitender Regierungsschuldirektor Hans Bergmüller von der Regierung von Oberbayern, die Fachliche Leiterin des Staatlichen Schulamts München, Leitende Schulamtsdirektorin Georgine Müller, Stadtschulrat Rainer Schweppe und die Leiterin der Fachabteilung Grund-, Haupt- und Förderschulen im Referat für Bildung und Sport der Landeshauptstadt München, Studiendirektorin Susanne Kähne. Alle

Rednerinnen und Redner stellen sich in der anschließenden Podiumsdiskussion den Fragen aus dem Publikum.
Vertreterinnen und Vertreter der Medien sind zum Zweck der aktuellen Berichterstattung willkommen.

Hinweise der Naturschutzbehörde zum Überwintern von Igeln
(11.11.2010) Jeden Herbst gehen bei der Unteren Naturschutzbehörde zahlreiche Anfragen zum Überwintern von Igeln ein. Dazu ist zunächst festzustellen, dass das Suchen und wahllose Einsammeln gesunder Igel im Herbst nicht notwendig ist, den bestehenden Artenschutzbestimmungen widerspricht und keinen Beitrag zum wirksamen Schutz der beliebten Stacheltiere darstellt. Tieren, die im Spätherbst im Freien gesehen werden, kann dort zugefüttert werden. Hierfür eignen sich Erdnussbruch und Trokkenfutter mit weichen Bananen sowie Katzenfutter.
Die Aufnahme eines Herbstigels muss die absolute die Ausnahme sein. Igel, die der menschlichen Betreuung nicht bedürfen, sollten unverzüglich an den Fundort oder eine andere geeignete Stelle zurückgebracht werden. Sollte eine Überwinterung im Haus dennoch notwendig ist, sollte Folgendes beachtet werden:

- Es sollten keine Igel vor dem November aufgenommen werden, da sie sich bis dahin oft noch auf ein Überwintern im Freien einrichten.
- Es dürfen keine Igel, deren Gewicht über 500 Gramm beträgt (zirka die Größe einer Grapefruit), aufgenommen werden.
- Während einer eventuellen Überwinterung müssen die Igel artgerecht gehalten und im Frühjahr wieder in die Natur entlassen werden

Für weitere Informationen, insbesondere über Maßnahmen, die bei Aufnahme eines untergewichtigen Tieres zur Überwinterung zu ergreifen sind, oder für Hinweise zur Überwinterungshilfe im Freien steht das Referat für Stadtplanung und Bauordnung, Untere Naturschutzbehörde, Telefon 2 33-2 77 90, E-Mail:plan.ha4-naturschutz@muenchen.de, gerne zur Verfügung.

Fördermittel für effizientes Bauen richtig kombinieren
(11.11.2010) Die Förderstandards der KfW-Bankengruppe sind bei den Einzelhäusern umfangreichen Änderungen unterzogen worden, die seit 1. Juli gültig sind. Architektin und Energieberaterin Gesa Lenhardt erläutert am Dienstag, 16. November, im Bauzentrum München die Förderstufe „KfW-Effzienzhaus 55“ und wird auch auf die technischen Anforderungen des „Münchner Qualitätsstandards 2.0“ eingehen. Letzterer muss für Anträge zum Münchner „Förderprogramm Energieeinsparung“ eingehalten werden. Der Infoabend, bei dem letztlich die optimale Kombination von Förder-

mitteln zur Energieeinsparung im Mittelpunkt steht, beginnt um 18 Uhr. Der Eintritt ist kostenlos.
Die neuen KfW-Förderstandards für Energieeffizienz gelten bei der Sanierung jetzt für die KfW-Effizienzhäuser 70 und 55 sowie bei Neubauten für die KfW-Effizienzhäuser 55 und 40. Die jeweilige Prozentzahl gibt an, wie hoch der Jahresprimär-Energiebedarf im Verhältnis zu einem vergleichbaren Neubau sein darf. Gemessen wird dies an den Vorgaben der Energiesparverordnung (EnEv) 2009. Je kleiner die Zahl, desto niedriger und besser ist das Energieniveau des Gebäudes. Durch die Kombination von Fördermitteln bei der energetischen Sanierung entstehen für Bauherren sowie Investitionsträgerinnen und -träger finanzielle Vorteile. Nach ihrem Vortrag steht Lenhardt Besucherinnen und Besuchern Rede und Antwort.
Das Bauzentrum München befindet sich in der Messestadt Riem an der Willy-Brandt-Allee 10 (U2, Haltestelle Messestadt West, von dort dem ausgeschilderten Fußweg folgen; mit der S2 bis Haltestelle Riem, dort in Bus 190 umsteigen und bis Messestadt West fahren; mit dem Auto über die A94, Ausfahrt München-Riem oder Feldkirchen-West, Parkhaus direkt hinter dem Bauzentrum München). Internet: *www.muenchen.de/bauzentrum*, E-Mail: bauzentrum.rgu@muenchen.de; Telefon 50 50 85.

Konzert gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit
(11.11.2010) Im Rahmen der Reihe „Music for Goals“ veranstaltet der TSV Maccabi e.V. am Dienstag, 16. November, um 20 Uhr in der Muffathalle, Zellstraße 4, ein Konzert gegen Rassismus und Fremdenfeindlichkeit mit Soul-Musik im Gospel-Style. Mit „Gospels at Heaven“ tritt dabei ein Münchner Chor auf, der zeigt, dass auch Weiße erfolgreich „schwarze Musik“ machen können. Der 1999 gegründete Chor zählt mittlerweile 80 Mitglieder und ist aus der deutschen Gospelszene nicht mehr wegzudenken. Für weitere musikalische Höhepunkte sorgen Nomfusi Gotyama, die neue Soul-Sensation aus Südafrika, das aus St. Louis/USA stammende Multitalent Frank Riley, der insbesondere durch Auftritte mit der Band „Soul Kitchen“ bekannt ist, und die in Freetown/Sierra Leone geborene Sängerin und Songschreiberin Mariama, die einprägsame Gitarrenmelodien und Soul-Stimme zusammenbringt. Karten zu 15 Euro sind an allen bekannten Vorverkaufsstellen und bei München Ticket unter Telefon 54 81 81 81 erhältlich.
Der TSV Maccabi e.V. wurde 1965 von Überlebenden des Holocaust gegründet. Dessen Dachorganisation Maccabi hat sich zu einer weltweiten jüdischen Jugendbewegung entwickelt.

Das Konzert wird in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Landeszentrale für politische Bildung in Bayern veranstaltet und gefördert durch das Kulturreferat. Weitere Infornmationen unter: *www.muffathalle.de*

Bürgerversammlung für den Stadtbezirk 9

(11.11.2010) Oberbürgermeister Christian Ude lädt in Abstimmung mit dem Bezirksausschuss 9 (Neuhausen - Nymphenburg) am Donnerstag, 25. November, 19 Uhr, in die Pausenhalle der Rudolf-Diesel-Realschule an der Schulstraße 3, 80634 München, zu einer Bürgerversammlung des 9. Stadtbezirkes ein.

Die Leitung der Versammlung übernimmt Stadtrat Josef Schmid, Vorsitzender der CSU-Stadtratsfraktion. Zu Beginn informieren er und die Bezirksausschussvorsitzende Ingeborg Staudenmeyer über wichtige Themen und Projekte im Stadtbezirk.

Schwerpunktthemen werden voraussichtlich sein:

1. Parklizenzierung
2. Fahrradverkehr auf dem Rotkreuzplatz
3. Untertunnelung Landshuter Allee
4. Umweltverbundröhre und 2. Stammstrecke
5. Zugang zum S-Bahnhof Hirschgarten (Friedenheimer Brücke)
6. Tram-Westtangente
7. Hortplätze
8. Neuhauser Schulkonferenz
9. Zukunft Erholungsgelände Taxisstraße
10. Siedlung Mettenstraße
11. Kreativquartier Dachauer Straße
12. Mittelpunktsbibliothek
13. Trafo 2. Bauabschnitt
14. Kulturpavillon
15. Baumfällungen/Ersatzpflanzungen
16. Abfalleimer
17. Feinstaubbelastung Landshuter Allee
18. Hirschgarten (Bebauungsplan: Zuwegung zum Hirschgarten, Abgrenzung zur Bahn)
19. Zukunft Olympiapark (Schloss, Tollwood, Montessori)
20. Spielhalle Albrechthof
21. dichte Bebauung (Schwabing, Haidhausen, jetzt Neuhausen)
22. Zweckentfremdung

Alle Besucherinnen und Besucher der Bürgerversammlung, die an den Abstimmungen teilnehmen wollen, werden gebeten, ihren amtlichen Licht-

bildausweis mitzubringen, um sich als Stadtviertel-Bürger ausweisen zu können. Sie erhalten daraufhin eine Karte, die sie berechtigt, an allen Abstimmungen mitzuwirken.
Die von der Bürgerversammlung angenommenen Anträge werden im Wortlaut in der Geschäftsstelle Nord der Bezirksausschüsse 9, 10, 11 und 24, Ehrenbreitsteiner Straße 28 b, 80993 München, für die Öffentlichkeit ausgelegt. Ebenfalls kann in der Geschäftsstelle die Stellungnahme des Stadtrates beziehungsweise des Bezirksausschusses zu den Anträgen eingesehen werden.
Gehörlosen Bürgerinnen und Bürgern, die an der Bürgerversammlung ihres Stadtbezirks teilnehmen, werden auf Antrag die Kosten für einen Gebärden-Dolmetscherdienst erstattet. Nähere Auskünfte erteilen gerne der Gehörlosenverband München und Umland, Regionalcenter, *www.gmu.de*, regionalcenter@gmu.de, Bildtelefon 99 26 98 63, Fax 99 26 98-21, oder das Direktorium der Landeshauptstadt München, Marienplatz 8, 80331 München, Monika Behr, monika.behr@muenchen.de, Fax 2 33-98 99 25 32. Der Versammlungsort ist barrierefrei.

Bürgersprechstunde

Von 18 bis 19 Uhr stehen Vertreterinnen und Vertreter aus folgenden Bereichen interessierten Bürgerinnen und Bürgern Rede und Antwort: Baureferat-Gartenbau und Tiefbau, Bauzentrum, Kreisverwaltungsreferat-Straßenverkehr, die Bezirksinspektion Mitte, Referat für Gesundheit und Umwelt, Energieberatung, Münchner Verkehrsgesellschaft-Öffentlicher Nahverkehr, Polizeiinspektion, Stadt-Information und die Bezirksausschussvorsitzende Ingeborg Staudenmeyer.

Beflaggung zum Volkstrauertag

(11.11.2010) Am Sonntag, 14. November, dem Volkstrauertag, sind die städtischen Gebäude beflaggt.

Winterdienstbilanz für Mittwoch, 10. November

(11.11.2010) Hier die aktuellen Winterdienst-Zahlen:
Mittwoch, 10. November:
Einsatzzahlen:
Personal: 5 Fahrzeuge: 2
Streuguteinsatz:
Salz: - Splitt: -
Kosten des Einsatztages: 33.182,80 Euro
Bisherige Bereitschaftstage: 5
Bisherige Einsatztage: 5
Bisher aufgelaufene Kosten im Winter 2010/2011: 320.294,00 Euro

Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum

(11.11.2010) Im Valentin-Karlstadt-Musäum, Tal 50, findet am Montag, 15. November, von 16.30 Uhr bis 17.30 Uhr ein monatliches offenes Singen im so genannten Volkssänger-Stüberl des Musäums statt. Unter der Leitung von Wolfgang A. Mayer werden bekannte und unbekannte Münchner Volkssängerlieder, Jodler und jahreszeitlich passende Lieder gesungen. Die Teilnahme an der Veranstaltung ist kostenlos, der Eintritt für das Musäum beträgt 2,99 Euro (das Musäum kann bis 17.29 Uhr besichtigt werden und wird nach Ende der Singstunde geschlossen). Im Turmstüberl gibt es Bewirtung durch Petra Perle. Nähere Informationen sind auch unter *www.muenchen.de/volkskultur* oder unter *www.valentin-musaeum.de* abrufbar. Das monatliche Turmsingen im Valentin-Karlstadt-Musäum wird veranstaltet vom Kulturreferat der Landeshauptstadt München in Zusammenarbeit mit dem Valentin-Karlstadt-Musäum und Petra Perle vom Turmstüberl.

Antworten auf Stadtratsanfragen

Donnerstag, 11. November 2010

Welchen Stellenwert hat geschlechtergerechte Pädagogik in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt München?
Anfrage Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Lydia Dietrich und Jutta Koller (Bündnis 90/Die Grünen) vom 4.6.2010

Antwort Sozialreferentin Brigitte Meier:

Mädchenarbeit, Jungenarbeit und geschlechtsreflektierte Koedukation ermöglichen die Entwicklung von gleichberechtigten Jungen und Mädchen in einer gleichberechtigten Gesellschaft. Geschlechtergerechte Pädagogik mit dem zentralen Anliegen, die Zwänge und Chancen, eine Frau oder ein Mann zu sein, aufzugreifen, gehört zu den Standardaufgaben der Kinder- und Jugendhilfe. Zentrales Ziel ist hierbei die Stärkung des Selbstwertes. Dazu müssen Mädchen und Jungen ihr Geschlecht in subjektiver Weise ohne einschränkende Vorgaben leben und entfalten können. Sie stehen als eigenständige Individuen mit gleicher Wertschätzung und ohne Be- oder Abwertung ihrer Handlungsweisen aufgrund ihres Geschlechtes im Zentrum der pädagogischen Betrachtung.

Zu Ihrer Anfrage vom 04.06.2010 nimmt das Sozialreferat im Auftrag des Herrn Oberbürgermeisters im Einzelnen wie folgt Stellung:

Frage 1:
Welchen Stellenwert hat die geschlechtergerechte Pädagogik in der Kinder- und Jugendarbeit der Stadt München?

Antwort:
Geschlechtergerechte Pädagogik ist Querschnittsaufgabe in der Kinder- und Jugendhilfe und wird mit der notwendigen Top-Down- und Bottom-Up-Strategie verbindlich seit 2003 im Stadtjugendamt umgesetzt.
Im Rahmen der Kommunalen Kinder- und Jugendhilfeplanung der Landeshauptstadt München hat das Stadtjugendamt in Kooperation mit dem Münchner Fachforum für Mädchenarbeit und dem Netzwerk Jungenarbeit München Leitlinien für geschlechtsspezifische differenzierte Kinder- und Jugendhilfe auf der Grundlage des § 9 Nr. 3 SGB VIII für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen und für die Arbeit mit Jungen und jungen

Männern erstmals 1999 bzw. 2000 erstellt. Für die Umsetzung der Leitlinien im Stadtjugendamt ist die Beauftragte für die Belange von Mädchen und jungen Frauen und der Beauftragte für die Belange von Jungen und jungen Männern jeweils mit einer Teilzeitstelle zuständig. In ihren Jahreszielen orientieren sie sich an den aktuellen Belangen von Mädchen und jungen Frauen und Jungen und jungen Männern in München.

Fachstelle Mädchenförderung:
Übergeordnete und laufende Ziele/Aufgaben:
Das Thema geschlechtsreflektierte Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen wird dauerhaft und nachhaltig gesichert und unterstützt durch:

- Beratung von Kolleginnen und Kollegen aus der Jugendhilfe zum Thema Mädchen und junge Frauen;
- Stellungnahme zum neuen Rahmenkonzept für die offene Kinder- und Jugendarbeit;
- Verwaltung des Haushaltsbudgets und Steuerung der Verwaltungskraft des Münchner Fachforums für Mädchenarbeit;
- Teilnahme an Gremien/Veranstaltungen, wie Frauenkommission des Bayerischen Jugendrings (BJR), Fachtagungen der Bundesarbeitsgemeinschaft kommunaler Frauenbüros (BGA), Koordinationstreffen der Fachstellen Frauen, Mädchen und Geschlechterfragen in den städtischen Referaten und anderen Fach-Arbeitskreisen, Arbeitskreis Essstörungen vom Referat für Gesundheit und Umwelt, Runder Tisch gegen Männergewalt;
- Planung und Durchführung von Kooperationsveranstaltungen und Vernetzungen mit anderen Trägern und Referaten sowie mit den Netzwerken der Jungenarbeit. Ziel ist es, die Kooperation mit der Jungenarbeit zu optimieren, um gemeinsam im Zeichen einer geschlechtsreflektierten Pädagogik und Sozialen Arbeit handlungsfähig zu werden.
- Organisation und Durchführung des Arbeitskreises „Geschlechtsdifferenzierte Arbeit an Schulen“ mit verschiedenen Trägern und Anbieterinnen und Anbietern aus diesem Arbeitsbereich;

Schwerpunkte in 2010:

- Auseinandersetzung mit neuen Wegen und Anforderungen in der Genderpädagogik;
- Unterstützung und Trägermitgliedschaft für die berufsbegleitende Zusatzausbildung „Genderpädagogik – geschlechtsreflektierte Pädagogik“ in Zusammenarbeit mit dem Institut für Jugendarbeit in Gauting, der IMMA e.V., dem Paritätischen Wohlfahrtsverband Bayern, der

Hochschule für angewandte Wissenschaften München und dem Schul- und Kultusreferat der Landeshauptstadt München;
- Entwicklung von Indikatoren zur nachhaltigen Umsetzung der Leitlinien und Standards der Mädchenarbeit, in Absprache mit allen Abteilungen im Stadtjugendamt, GIBS und dem Beauftragten für die Belange von Jungen und jungen Männern;
- Verbesserung der Situation von Mädchen und jungen Frauen, die von Zwangsheirat bedroht sind;
- Spezifische Betrachtung und fachlich kritische Auseinandersetzung zur Darstellung von Mädchen und jungen Frauen in den Medien;
- Stärkung der Interessen, Bedürfnisse und Bewältigungsaufgaben von Mädchen und jungen Frauen im Stadtteil Blumenau;

Fachstelle Jungenförderung:
Das Thema geschlechtsbewusstes Arbeit mit Jungen wird permanent durch folgende Maßnahmen gesichert, unterstützt und weiterentwickelt:

- Umstrukturierung des Sprecherrates Jungenarbeit bzw. Neuordnung der Gremienstruktur zur Jungenarbeit, um dem Thema wieder verstärkten Kontakt zur Basis zu sichern;
- Beratung, Coaching und Schulung von Kolleginnen und Kollegen aus der Jugendhilfe zum Thema Jungen;
- Fortführung der Weiterbildungsreihe zum Qualifizierten Jungenarbeiter in Kooperation mit „Input“ und der Katholischen Stiftungsfachhochschule (KSFH) München;
- Vernetzungsarbeit u.a. durch aktive Beteiligung bei der Initiierung einer bundesweiten Vernetzungsstruktur:
  - enge Zusammenarbeit mit „Neue Wege für Jungs“;
  - aktive Teilnahme am Runden Tisch des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSJ);
  - aktive Mitwirkung in der Kommission für Jungenarbeit des BJR;
- Planung und Durchführung eines Fachtages zur Kooperation der Mädchenarbeits- und Jungenarbeitsnetzwerke;
- Entwicklung von Indikatoren zur Umsetzung der Leitlinien der Jungenarbeit in enger Absprache mit der Beauftragten für die Belange von Mädchen;

Schwerpunkte in 2010:
- Erweiterung des Berufswahlspektrums von Jungen, Abbau von Vorurteilen gegenüber sozialen Berufen, Vermittlung von sozialen Kompetenzen und die Auseinandersetzung mit Vorbildern;

- Motivierung und Beratung von Vätern hinsichtlich Ihrer aktiven Verantwortung und Einflussmöglichkeiten auf die Entwicklung ihrer Kinder;

Veröffentlichungen der Fachstelle für Mädchenarbeit und der Fachstelle für Jungenarbeit waren in den letzten Jahren:
- Leitlinien für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen;
- Standards für die Arbeit mit Mädchen und jungen Frauen;
- Prävention und Intervention bei sexualisierter Gewalt;
- Dokumentation zum Fachtag „Mädchen zwischen Selbstbehauptung und Gewalttätigkeit";
- Evaluationsstudie zum Fachforum Münchner Mädchenarbeit;
- Leitlinien für die Arbeit mit Jungen und jungen Männern;

Regelmäßig stattfindende Veranstaltungen und Gremien:
- 4 - 5 Mal im Jahr Plenum des Fachforums Münchner Mädchenarbeit; Teilnahme am Arbeitskreis Qualität und Planung; jährlich eine gemeinsame Fachtagung und einen Jour Fixe mit Politikerinnen und Politikern aller Parteien und der Verwaltung;
- Große Plenumsveranstaltungen des Netzwerkes Jungenarbeit (2 Mal jährlich);
- Jour Fixe mit GIBS und Beteiligung am Forum Jungen, Mädchen, Gender/sex. Identität;
- Teilnahme an den jährlichen Kontraktgesprächen mit den Abteilungen des Stadtjugendamtes und GIBS;
- Teilnahme an den Koordinationstreffen der Fachstellen in den städtischen Referaten mit der Gleichstellungsstelle

In 2010/2011 wurden folgende Kooperationsveranstaltungen von den beiden Fachstellen durchgeführt bzw. sind in Planung:
- „1+1 = mehr als zwei", eine Veranstaltung zur Kooperation zwischen den Netzwerken der Münchner Mädchen- und Jungenarbeit;
- Kongress „Uns geht's ums Ganze" – Mädchen-Identitätssuche zwischen Körpergefühl und Körpermarkt" – am 17./18.02.2011 in Kooperation mit dem Schul- und Kultusreferat, dem Münchner Fachforum für Mädchenarbeit und der Gleichstellungsstelle;
- Fachtag zum Thema „Kampfesspiele" in Kooperation mit der „Aktion Jugendschutz";
- Fachtag zum Thema „Auswirkungen von Trennung auf Jungs" in Kooperation mit der Beauftragten für Alleinerziehende der Evangelischen Kirche;

- Fachtag zum Thema „Zwangsverheiratung von Jungs“ in Kooperation mit dem Arbeitskreis Zwangsheirat;

Im Juli 2008 hat der Stadtrat zur Umsetzung der Querschnittsaufgaben im Stadtjugendamt die Stabsstelle S-II-L/GIBS Querschnittsaufgaben (**G**ender, **I**nterkult, **B**ehinderung, **S**exuelle Identität) mit ihrem heutigen Profil beschlossen. Hauptaufgabe in 2007 und 2008 war die Konzipierung und Umsetzung geeigneter Gremienstrukturen. Das bereits seit 2003 bestehende Fachforum Jungen, Mädchen, Gender wurde um den Arbeitsschwerpunkt „Sexuelle Identität“ erweitert. Es trifft sich routinemäßig dreimal jährlich und zu Workshops. Aus jeder Abteilung sind hier mehrere Querschnittsbeauftragte vertreten. Das Stadtjugendamt verfügt über eine detaillierte Aufgaben- und Zuständigkeitsbeschreibung für die Leitungen, die Querschnittsbeauftragten und für die Mitarbeiterinnen der GIBS-Stelle sowie eine Kooperationsvereinbarung zwischen den Beauftragten für Mädchen- und Jungenarbeit und der GIBS-Stelle. Mit allen fünf Abteilungsleitungen und den jeweiligen Querschnittsbeauftragten finden seit 2009 jährliche Kontraktgespräche zur abteilungsspezifischen Umsetzung der Querschnittsaufgaben statt. Die Inhalte der Kontraktgespräche sind vielfältig. Sie reichen von Überlegungen zur gendergerechten Besetzung von Führungspositionen über die Umsetzung in Rahmenkonzeptionen und die Schulung der Mitarbeiterschaft bis hin zur pädagogischen Ausrichtung von Angeboten. Nur einige Umsetzungsbeispiele in den Abteilungen sind:

- In der Abteilung S-II-B (Beistandschaften/Vormundschaften) werden alle Gruppenleitungen verpflichtet, eine Gender- und eine Interkulturelle Schulung vorzuweisen. Auch wurden Standards zur Beratung von Frauen bei Sorgerechtsregelungen und Regelungen in Bezug auf Unterhaltszahlungen erarbeitet.
- Im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit sind die Themen der geschlechtergerechten Pädagogik bereits seit vielen Jahren präsent und werden in allen Einrichtungen als Querschnittsaufgabe betrachtet.
- Die Berücksichtigung der besonderen Belange von Mädchen und jungen Frauen und Jungen und jungen Männern sind sowohl in den Konzeptionen der Einrichtungen als auch in den Leistungsbeschreibungen verankert. In den jährlich stattfindenden Jahresplanungsgesprächen werden seitens des Stadtjugendamts die konkreten Maßnahmen der jeweiligen Einrichtung überprüft bzw. neu festgelegt. Darüber hinaus werden in den alle drei Jahre stattfindenden Gesprächen zur Leistungsbeschreibung im Rahmen der Vertragsfortschreibung ggf. Nachjustierungen und Konkretisierungen vorgenommen.

- Bei den Erstellungsprozessen von Rahmenkonzepten wird das Thema geschlechtergerechte Pädagogik in eigenen Kapiteln behandelt.
  Die Fortschreibung der Rahmenkonzeption Offene Kinder- und Jugendarbeit in der Landeshauptstadt München liegt derzeit in der Entwurfsfassung vor, im Herbst 2010 beginnt die Öffentlichkeitsphase. Die Querschnittsthemen und die Leitlinien, u.a. auch für die Arbeit mit Mädchen/jungen Frauen und Jungen/jungen Männern werden als Grundlage benannt (Kap. 1.1.5) und ziehen sich durch das gesamte Konzept. Ausführlicher wird die Bedeutung einer geschlechtergerechten Pädagogik bei den inhaltlichen Konzeptbausteinen zum Thema „Eigenständige Geschlechterrollen und sexuelle Identität" (Punkt 3.1.2.1) und im Kapitel 3.3.2.2 „Schutz vor sexualisierter Gewalt" behandelt. Im Kapitel 4.1. als personelle Voraussetzung wird beim vielfältigen Anforderungsprofil an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Kinder- und Jugendarbeit vor allem auch die Bereitschaft und Fähigkeit herausgehoben, sich geschlechtersensibel zu verhalten und zu handeln.
  Bei der Pädagogischen Rahmenkonzeption für die Kinderkrippen der Landeshauptstadt München wird die Umsetzung im Kapitel „Themaübergreifender Bildungsbereich" (Kap. 8.1) beschrieben. In den Bausteinen des Konzepts KinderTagesZentren (KiTZ) ist das Thema „Gender-Mainstreaming" (beinhaltet ebenso geschlechtersensible Pädagogik) unter Punkt 5.2.3 inklusive KiTZ-Kriterien und Evaluationsfragen ausführlich ausgearbeitet.

Das Schul- und Kultusreferat führt zu Frage 1 Folgendes aus:
Im Kontext der Zielebeschlüsse der städtischen Referate für 2009 hat das Schul- und Kultusreferat eine konkrete Ausgestaltung des Nachhaltigkeitsziels „Chancengleichheit" und des Ziels „Sicheres Leben" verbindlich erklärt.
Bereits 1991 wurde im Schul- und Kultusreferat die Fachstelle Mädchenpädagogik geschaffen (1/2 Stelle). 1995 beschloss der Stadtrat die Einführung von Mädchenbeauftragten an allen städtischen Realschulen, Gymnasien und beruflichen Schulen – eine in der Bundesrepublik Deutschland einmalige und vielbeachtete strukturelle Verankerung von Mädchenarbeit an den Schulen. Die Mädchenbeauftragten engagieren sich für die Weiterentwicklung der Koedukation, wurden zu wichtigen Vertrauenspersonen der Schülerinnen, greifen unterschiedlichste Themen und Problemstellungen der Mädchen und jungen Frauen auf, initiieren Projekte zur Berufsorientierung, Sexualpädagogik, organisieren Selbstbehauptungskurse u.v.m.

Je nach aktueller Situation an der Schule kann der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit auf strukturelle, schulpädagogische, fächerbezogene oder beratende Interventionen gerichtet sein (siehe Anlage 1).

1998 wurde die Koordination der Mädchenförderung am Pädagogischen Institut angebunden (1/2 Stelle, aktuell 2/3 Stelle). Aufgabe ist es, in allen Bereichen des Schul- und Kultusreferates an den städtischen Schulen und Kindertageseinrichtungen geschlechtergerechte Pädagogik zu initiieren bzw. weiterzuentwickeln. Zudem wurde bei der Fachabteilung 5 per Stadtratsbeschluss eine Stelle „Fachberatung geschlechtergerechte Pädagogik und Gewaltprävention" eingerichtet.
Diese setzt seither den Themenbereich in den Kooperationseinrichtungen, Kindergärten und Horten in enger Zusammenarbeit mit den pädagogischen Fachkräften um. Eine ausführliche Dokumentation liegt seit einigen Jahren vor. Diese wurde aktuell überarbeitet und stößt bundesweit auf großes Interesse.
Die Arbeit an den Schulen zeigte sehr schnell, dass Mädchenförderung ohne Arbeit mit den Buben und jungen Männern nicht wirksam werden konnte. Deshalb wurden zwischen 2000 und 2009 an allen städtischen Realschulen und Gymnasien sowie an einer Reihe beruflicher Schulen Jungenbeauftragte benannt, die die genderpädagogische Arbeit zur Umsetzung der Geschlechtergerechtigkeit unter Buben bzw. jungen Männern entwickeln und dabei eng mit den Mädchenbeauftragten kooperieren sollen. 2001 wurde am Pädagogischen Institut die Fachstelle des Jungenbeauftragten geschaffen (1/2 Stelle kommissarisch). Die Stelle war seit Sommer 2004 nicht mehr besetzt. Die Neubesetzung der Stelle, die dem Fachbereich 4 – Soziale Bildung/Gleichstellung/Prävention des Pädagogischen Instituts – zugeordnet ist, erfolgt zum 01.01.2011.
Die Koordinatorin der Mädchenbeauftragten an städtischen Schulen, die seit 6 Jahren die kommissarische Vertretung des Jungenbeauftragten übernommen hat, führt mit den Fachabteilungsleitungen der beruflichen Schulen, Realschulen und Gymnasien jährlich Auswertungsgespräche zur Umsetzung der geschlechtergerechten Arbeit an den Schulen und vereinbart geeignete weitere Schritte.

Themenschwerpunkte sind neben der Unterrichts- und Schulentwicklung die Gewaltprävention, Berufsorientierung, Sexualpädagogik und Gesundheitsförderung. Am bundesweiten Aktionstag „Girls' Day" haben sich 2010 34 Münchner Schulen beteiligt, davon 20 auch mit einem jungenspezifischen Programm.

Zu den bundesweit angefragten Veröffentlichungen des Schul- und Kultusreferates zu genderpädagogischen Themen zählen u.a.:
- Qualitätsstandards für Selbstbehauptungskurse für Mädchen und junge Frauen an Schulen (2003 mit der Gleichstellungsstelle);
- Projekthandbuch Realschulen auf dem Weg zu geschlechtergerechten Schulen (2004);
- Chatguides, jeweils für Kinder, Jugendliche, Erwachsene (2005 mit der Gleichstellungsstelle);
- Handreichung zum Vorgehen bei Verletzung des sexuellen Selbstbestimmungsrechts von Schülerinnen und Schülern (2005, aktuelle Ausgabe Juli 2010);
- Flyer „Rette dein Leben" (2005 mit dem Münchner Bündnis Aktiv gegen Männergewalt) zur Gewalt in Trennungssituationen;
- Dokumentation „Wo ist dein Platz? Ein Fachtag zur Berufsorientierung von Mädchen und Buben" (2008 mit der Gleichstellungsstelle);
- Flyer „Wer entscheidet, wen und ob du heiratest" (2009 mit der Gleichstellungsstelle);
- Broschüre „Sexuelle Gewalt gegen Mädchen und Jungen" (2010 mit dem Sozialreferat);

Seit 1998 veranstaltet das Pädagogische Institut pro Jahr im Durchschnitt zwei Fachtage zu genderpädagogischen Themen für Lehrkräfte, Schulleitungen und Schulsozialarbeiterinnen und -arbeiter. 2009 haben am Pädagogischen Institut 27 Fortbildungen zu genderpädagogischen Themen für Schulen stattgefunden, 2010 sind es 31 Fortbildungen mit diesem Schwerpunkt. Gegenwärtig werden drei Zusatzausbildungen in Genderpädagogik angeboten:
- Zusatzausbildung für Lehrerinnen zur Durchführung von Selbstbehauptungskursen für Mädchen und junge Frauen;
- Weiterbildung für Lehrkräfte zur Arbeit mit Jungen und jungen Männern an Schulen;
- Zusatzausbildung Genderpädagogik (in Kooperation mit dem Institut für Jugendarbeit in Gauting u.a.);

Das Schul- und Kultusreferat hat in der Genderpädagogik früh wegweisend zentrale Themen erkannt und bearbeitet.
Beispiele:
- die strukturelle Verankerung von Mädchen- und Jungenbeauftragten an den Schulen und ihre enge Kooperation mit dem Ziel der Geschlechtergerechtigkeit;

- die Weiterentwicklung der Koedukation im Sinne einer reflexiven Unterrichtspraxis mit geschlechtergetrenntem Unterricht in verschiedenen Fächern;
- den Schutz von Kindern, Jugendlichen, Mädchen und Jungen vor sexueller Gewalt (diese Gewalterfahrung stellt weltweit für Mädchen, Jungen und Frauen das stärkste Gesundheitsrisiko dar);
- die Zeugenschaft von Kindern und Jugendlichen bei Partnergewalt und die Entwicklungsgefährdungen, die damit verbunden sind;
- die Bedeutung der geschlechtersensiblen Arbeit mit Jungen und jungen Männern;
- das Pädagogische Institut hat auf Bundesebene die erste Lehrkräfte-Fortbildung über Verbrechen im Namen der Ehre und Zwangsheirat durchgeführt.
- Durchführung der ersten interdisziplinären Zusatzausbildung Genderpädagogik (im Trägerverbund);
- Durchführung des „Girls' Day" und „Zukunft Jungs Tages" hinsichtlich der Notwendigkeit einer geschlechtersensiblen Berufs- und Studienorientierung;
- erste Weiterbildung für Lehrkräfte zur Arbeit mit Jungen und jungen Männern;
- Einbeziehung von Vätern in die Arbeit der Schulen;

Frage 2:
Wie schlägt sich dies bei der Einführung neuer Strukturen im Rahmen des optimierten Regiebetriebs (oRB Kita) der Kindertagesstätten nieder? Inwieweit werden hier neue Strukturen auch für Querschnittsaufgaben berücksichtigt (geschlechtergerechte Pädagogik, Gewaltprävention, Sexualpädagogik, Rechtsextremismus usw.), so dass alle Querschnittsthemen in der neuen Struktur des oRB Kita in gleichem Umfang vertreten und personell ausgestattet sind?

Antwort:
Aus Sicht des Sozialreferates ist bei der Einrichtung des oRB unbedingt darauf zu achten, dass diese Thematik im Rahmen geeigneter Strukturen mit entsprechenden personellen Kapazitäten weiter verfolgt wird.
Aktuell können vom Schul- und Kultusreferat bezüglich der neuen Struktur im Rahmen des oRB Kita keine konkreten Aussagen getroffen werden.
Die Federführung für den oRB ist aktuell beim Personal- und Organisationsreferat (POR). Folgende Aussage wurde vom POR mit dem Stadtjugendamt, S-II-KT und dem Schul- und Kultusreferat getroffen: „In den künftigen Strukturen des oRB Kita werden die genannten Querschnitts-

themen in gleichem Umfang wie heute vertreten und personell ausgestattet sein."

Frage 3:
Wie schlägt sich dies in der täglichen Arbeit mit weiblichen und männlichen Kindern und Jugendlichen in den verschiedenen Betreuungseinrichtungen (Krippen, Kindergärten, Kooperationseinrichtungen, KiTZ, Horte, Schulen) nieder?

Antwort:
Bei den Fachtagen der städtischen Kinderkrippen (2005 Auftaktveranstaltung zur Fortschreibung der Pädagogischen Rahmenkonzeption, 2006 und 2010 zu den Themen der pädagogischen Rahmenkonzeption) ist das Thema immer vorgesehen und es wurden zum Thema „Geschlechtersensible Pädagogik" Workshops angeboten, die sehr gut besucht waren.

In der fachlichen Beratung und Steuerung der Eltern-Kind-Initiativen durch die Abteilung Kindertagesbetreuung wird darauf hingewiesen und geachtet, dass dieses Thema Eingang in die pädagogischen Konzepte findet und umgesetzt wird.

Wenn eine Mitarbeiterin bzw. ein Mitarbeiter aus einer Eltern-Kind-Initiative an einer Fortbildung teilnimmt, so wird dies in der Regel durch die Abteilung Kindertagesbetreuung des Stadtjugendamtes bezuschusst.

Bei der Qualifizierung für Tagesbetreuungspersonen gibt es im Sozialreferat einen festen Themenbaustein unter dem Titel „Kinder sind verschieden – ihr Recht auf Anerkennung ist gleich. Ansätze zum Umgang mit individuellen geschlechtsspezifischen und kulturellen Unterschieden". Im Fortbildungsbereich werden Themen wie „Hauptsache vier Räder: Buggy und Bagger" zur Sensibilisierung geschlechtergerechter und - sensibler Pädagogik in der Kindertagespflege angeboten.

Im Jahr 2010 werden fünf eintägige Veranstaltungen in Kooperation mit der Koordinierungsstelle für gleichgeschlechtliche Lebensweisen zum Thema Regenbogenfamilie statt finden. Ein Produktteam und die städtischen Erziehungsberatungsstellen wurden geschult.
Inzwischen haben alle Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit geschlechtergerechte Pädagogik als Querschnittsaufgabe verankert. Eine unterschiedliche Breite und Tiefe in der Umsetzung des Themas lässt sich beobachten. Dies scheint von der jeweiligen aktuellen Situation vor Ort

abhängig zu sein und obliegt der Fachaufsicht durch die Träger. Die Bandbreite der Maßnahmen beginnt bei Vorhaltung geschlechtergetrennter Räume (z.B. Mädchenzimmer) bzw. Zeiten (z.B. Mädchentag, Jungenübernachtungsaktion) und geht bis zu separaten gruppenpädagogischen und thematischen Angeboten speziell für Mädchen und Jungs. Im weiteren Betrieb arbeiten alle, bis auf eine reine Mädcheneinrichtung und diverse geschlechtergetrennte Ferienangebote, koedukativ.

Die städtischen Ferienangebote richten ihre Angebote gezielt für Mädchen und für Jungen und koedukativ aus.

Sowohl im Sozialreferat als auch im Schul- und Kultusreferat ist das Thema „Mädchen und Jungen – geschlechtersensible Erziehung" verbindlich für alle Kindertageseinrichtungen, da es wesentlicher Bestandteil des Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplanes für Kinder in Tageseinrichtungen ist (vgl. BayBEP, Weinheim und Basel 2006, S. 133 ff.).
Im Bereich der Kindertageseinrichtungen und Tagesheime steht dem pädagogischen Personal ein breit gefächertes Fortbildungsangebot über das Pädagogische Institut zu diesem Themenschwerpunkt zur Verfügung. Dabei liegt der Fokus auf der Umsetzbarkeit der erlernten Theorien. Des Weiteren besteht die Möglichkeit, die Fachberatung für eine Schulung, Beratung oder auch Teamfortbildung in die Einrichtungen einzuladen.
Ziel dabei ist unter anderem, die Erzieherinnen und Erzieher für diese Querschnittsaufgabe zu sensibilisieren und ihnen Instrumente zur Umsetzung im pädagogischen Alltag in der Arbeit mit den Mädchen und Jungen an die Hand zu geben.
Im Rahmen der Fortbildung für neue bzw. erfahrene Führungskräfte wird das Thema Genderpädagogik in einem der Module angeboten.

Frage 4:
Welcher Handlungsbedarf besteht, um die geschlechtergerechte Pädagogik (Mädchen- und Jungenarbeit sowie geschlechtsreflektierte Koedukation) als selbstverständliches, kontinuierlich umzusetzendes Querschnittsthema in den städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen sowie der Kinder- und Jugendarbeit zu etablieren, bzw. weiter auszubauen, wo dies schon geschehen ist? Welche Ressourcen sind dafür notwendig?

Antwort:
In der Kinder- und Jugendhilfe ist es inzwischen Standard, dass mit allen Einrichtungen in den Jahresplanungsgesprächen abgefragt wird, ob geschlechtsspezifische Angebote existieren. Diese Vorgabe von Seiten des

Sozialreferates/Stadtjugendamt dient zum Abbau von Geschlechterhierarchie. Zur Wahrung bzw. teilweise auch zur Verbesserung der Genderkompetenz (z.B. bei neuem Personal) bedarf es weiterhin qualifizierter Fortbildung. Da es sich in der geschlechtergerechten Pädagogik neben methodischen Ansätzen sowohl um eine professionelle als auch eine persönliche Haltung zu Genderfragen und der eigenen Geschlechtlichkeit handelt, ist Qualifizierung in diesem Bereich ein unverzichtbarer Baustein. Impulse bzw. Fortbildungsangebote und Fachtage von Fachstellen für Mädchen- und Jungenarbeit bzw. geschlechtergerechte Pädagogik können v.a. auch für kleine Träger eine gute Grundlage dazu bilden. Die Umsetzung der Qualifizierung ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter obliegt den freien Trägern. Das Sozialreferat/Stadtjugendamt setzt seinerseits Impulse und übernimmt die Funktion der Umsetzungskontrolle im Rahmen des Kontraktmanagements (s. Antwort zu Frage 1).

Themen der geschlechtergerechten Pädagogik werden bei der Abteilung Kindertagesbetreuung des Stadtjugendamtes
- für die Kinderkrippen in eigener Trägerschaft durch die zuständige Fachbereichsleitung Pädagogik,
- bei den KinderTagesZentren in eigener Trägerschaft durch die zuständige Bereichsleitung altersintegrative Einrichtungen und
- bei der Steuerung der Einrichtungen freier Träger und Eltern-Kind-Initiativen durch die jeweils zuständigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

thematisiert und die Umsetzung durch die Beratung und Fortbildungsangebote (allgemeine Fortbildungsangebote, Teamfortbildungen und für spezielle Zielgruppen wie Leitungen und Stellvertretungen konzipierte Fortbildungsangebote unterstützt.)

Im Schul- und Kultusreferat ist durch die lange intensive Tätigkeit der Fachberatung geschlechtergerechte Pädagogik und Gewaltprävention und die verbindliche Vorgabe im Bayerischen Bildungs- und Erziehungsplan (BayBEP) das Thema in den Kindertageseinrichtungen von F 5 etabliert. Die Intensität der Umsetzung im Alltag hängt von den vorhandenen Ressourcen ab und bedarf kontinuierlicher Begleitung. Ein Ausbau der Fachberatung um mindestens eine weitere Stelle ist angesichts der Vielfalt der Einrichtungen und des hohen Beratungsbedarfes erforderlich, auch im Hinblick auf die Fusion der Kooperationseinrichtungen, Kindergärten und Horte in F 5 mit dem Kinderkrippenbereich im neuen „oRB Kita". Die weitere Fachberatung sollte schwerpunktmäßig die Themenbereiche Gewaltprävention und Umgang mit sexualisierter Gewalt übernehmen.

Frage 5:
Inwieweit haben sich in den Jahren 2008 - 2010 die Prioritäten zwischen Mädchen- und Jungenarbeit verschoben? Welche Konsequenzen hat dies für die Arbeit mit Mädchen und Jungen?

Antwort:
Das Sozialreferat/Stadtjugendamt fördert die gleichberechtigte Teilhabe von Mädchen und jungen Frauen ebenso wie von Jungen und jungen Männern in dieser Gesellschaft und setzt sich nachhaltig für die Umsetzung der hierfür jeweils erarbeiteten Leitlinien ein. Eine „Benachteiligungskonkurrenz" zwischen Mädchen und Jungen wird in keiner Weise gesehen. Zur Entwicklung einer von Gleichberechtigung getragenen Gesellschaft brauchen wir die Mädchenförderung genauso wie die Jungenförderung. So gesehen kann keine Verschiebung von Prioritäten zwischen Mädchen- und Jungenarbeit konstatiert werden. Dies wird auch an den Budgets der Querschnittshaushalte, die für Mädchen- und Jungenarbeit in gleicher Höhe zur Verfügung stehen, deutlich.

Aufgrund der Debatten im Bildungsbereich bzgl. der Mädchen als „Bildungsgewinnerinnen" und der Jungen als „Bildungsverlierer" haben sich die Prioritäten im Schul- und Kultusreferat in dem Zeitraum 2008 bis 2010 sicherlich verändert. Im Pädagogischen Institut wurden deshalb Fachtage zu diesem Themenkomplex organisiert und durchgeführt.
Des Weiteren wurde eine Weiterbildung der Lehrkräfte zur Arbeit mit Jungen an Schulen konzipiert und umgesetzt.
Diese Themen nehmen auch Einfluss auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen/Tagesheime. Oft wird in diesem Zusammenhang der Bedarf nach mehr männlichen Kollegen formuliert, die den Jungen in den Einrichtungen ein Vorbild sein sollen. Grundsätzlich müssen, wie im BayBEP beschrieben, Mädchen und Jungen geschlechtersensibel und wertschätzend unter Berücksichtigung ihrer individuellen Entwicklungen gleichermaßen gefördert werden.

Frage 6:
Wie sieht die derzeitige Verteilung der finanziellen Ressourcen für Mädchen- und Jungenarbeit sowie geschlechtsreflektierte Koedukation aus? Wie waren die Mittel in den Jahren 2008 - 2010 bisher verteilt?

Antwort:
Für die Querschnittsbereiche Mädchenarbeit und Jungenarbeit stehen jährlich im Sozialreferat/Stadtjugendamt jeweils 16.275 Euro zur Verfügung, die

für Veranstaltungen, Projekte und Publikationen von der Beauftragen für die Belange von Mädchen und jungen Frauen und den Beauftragten für die Belange von Jungen und jungen Männern verwaltet werden.
Die Träger der Einrichtungen der Kinder- und Jugendarbeit sind als Zuschussnehmerinnen und Zuschussnehmer jeweils verantwortlich für die Schwerpunktsetzung ihrer Einrichtungen und erreichen dadurch die Nutzerinnen und Nutzer der Angebote. Für die Einrichtungen wird ein Mädchen- und Jungenanteil gemäß der Bevölkerungsstruktur angestrebt.
Der Mädchen- und Jungenanteil wird in der Tabelle (Anlage 2) exemplarisch dargestellt.

Im Schul- und Kultusreferat/Pädagogischen Institut wurden 2009 Mittel in Höhe 18.841 Euro für Fortbildungen in Genderpädagogik aufgewendet sowie 5.359 Euro an Zuschüssen für Mädchen- und Jungenarbeit an städtischen Schulen.
Im Rahmen der Produktverantwortung der einzelnen Fachabteilungen hat der geschlechtergerechte Unterricht einen hohen Stellenwert. In diesem Bereich werden Jahreswochenstunden für die differenzierte Koedukation und Projekte an Schulen eingesetzt.

Die Anlagen können im Presse- und Informationsamt angefordert oder online im Ratsinformationssystem unter dem Link „Stadtrat“ auf www.muenchen.de/rathaus abgerufen werden.

Anträge und Anfragen aus dem Stadtrat

Inhaltsverzeichnis

Donnerstag, 11. November 2010

Standards bei Genehmigung und Betrieb von Kindertagesstätten sonstiger Träger und insbesondere privatwirtschaftlicher Initiativen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Christian Müller und Beatrix Zurek (SPD)

Kulturstrand für München;
Vorschlag Standorte für die Jahre 2011 - 2013
Antrag Stadträte Georg Schlagbauer, Mario Schmidbauer und Otto Seidl (CSU)

Rückgewinnung wertvoller Materialien aus Abfall und Abwasser in München
Antrag Stadtrat Dr. Georg Kronawitter (CSU)

Frühe Chancen zur Sprachförderung nutzen
Antrag Stadtrats-Mitglieder Siegfried Benker, Gülseren Demirel, Jutta Koller, Sabine Krieger und Dr. Florian Roth (Bündnis 90/ Die Grünen)

Sonntagsflohmärkte für karitative Zwecke erlauben
Antrag Stadtrat Richard Progl (Bayernpartei)

Exzessiver Alkoholkonsum von Jugendlichen in München – Zahlen, Entwicklungen, Perspektiven
Anfrage Stadtrat Karl Richter (BIA)

Impressum: Die presserechtliche Verantwortung für Anträge und Anfragen von Stadtratsmitgliedern der **SPD** trägt: Alexander Reissl; **CSU**: Josef Schmid; **Bündnis 90/Die Grünen**: Siegfried Benker; **Rosa Liste**: Thomas Niederbühl; **FDP**: Dr. Michael Mattar; **Die Linke**: Brigitte Wolf; **ÖDP**: Tobias Ruff; **Freie Wähler**: Johann Altmann; **Bayernpartei**: Richard Progl; **BIA**: Karl Richter.
Alle: Rathaus, 80313 München; Druck: Stadtkanzlei

ANTRAG

SPD-STADTRATSFRAKTION

MünchenSPD Stadtratsfraktion ▪ Rathaus ▪ 80313 München

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

Christian Müller
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

München, 11.11.2010

Standards bei Genehmigung und Betrieb von Kindertagesstätten sonstiger Träger und insbesondere privatwirtschaftlicher Initiativen

Antrag

Die Stadtverwaltung wird gebeten dem Stadtrat darzustellen

- welche rechtlichen und fachlichen Vorgaben des Bundes und des Landes für die Landeshauptstadt München und die Träger verbindlich sind
- welche Kriterien und Verfahrensschritte die Landeshauptstadt München über die rechtlichen und fachlichen Vorgaben des Bundes und des Freistaates Bayern hinaus bei der Genehmigung und bei der Überwachung des Betriebs von Kindertagesstätten sonstiger Träger und insbesondere privatwirtschaftlicher Initiativen anwendet
- welche rechtlichen und fachlichen Instrumente zur Verfügung stehen, um überzogene Betreuungsvergütungen in den Kindertagesstätten sonstiger Träger und insbesondere privatwirtschaftlicher Initiativen zu verhindern
- in welcher Weise generell die Erfahrungen der Landeshauptstadt München als Pionierin insbesondere bei der Betreuung von Kindern unter drei Jahren in die anstehende Novellierung des Bayerischen Kinderbildungs- und -betreuungsgesetzes (BayKiBiG) einfließen und überzogene Betreuungsvergütungen verhindert werden können

MünchenSPD Stadtratsfraktion
Postanschrift: Rathaus, 80313 München
Besuchsanschrift: Rathaus, 80331 München
Tel.: 089-233926 27, Fax: 089-233245 99
E-Mail: spd-rathaus@muenchen.de
www.spd-rathaus-muenchen.de

MÜNCHEN SPD

Begründung:

Die „Süddeutsche Zeitung“ vom 10.11.2010 berichtete über Praktiken privatwirtschaftlicher Initiativen bei der Vergabe von Kinderbetreuungsplätzen, die weder im Interesse der betroffenen Kinder und Eltern noch einer solidarischen Stadtgesellschaft liegen. Privatwirtschaftliche Initiativen zählen in der Terminologie des BayKiBiG neben Elterninitiativen, nichtrechtsfähigen Vereinen und natürlichen Personen zu den sonstigen Trägern und haben einen kindbezogenen Förderanspruch, der allerdings an Voraussetzungen wie Betriebserlaubnis, Qualitätssicherungsmaßnahmen oder die Beachtung des BayKiBiG und der darauf beruhenden Rechtsvorschriften geknüpft ist.

Die Berichterstattung stellt Einzelfälle dar, die nicht für alle sonstigen Träger verallgemeinerungsfähig sind. Dennoch hat die Landeshauptstadt München ein politisches Interesse daran, dass Auswüchse vermieden werden.

gez.
Christian Müller
Beatrix Zurek
Stadtratsmitglieder

Georg Schlagbauer Mario Schmidbauer Otto Seidl

MITGLIEDER DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

10.11.2010

Antrag zur dringlichen Behandlung
für die Sitzung des gemeinsamen Bau- und
Kreisverwaltungsausschusses
am 23.11.2010

Kulturstrand für München;
Vorschlag Standorte für die Jahre 2011 - 2013

Der Stadtrat möge beschließen:

Folgende Standorte werden in die Beratungen des gemeinsamen Ausschusses aufgenommen, von der Verwaltung geprüft und das Ergebnis dem Stadtrat vorgestellt.

1. „Vater-Rhein-Brunnen“
2. Professor-Huber-Platz vor der Universität
3. Innenbereich des Isartor
4. Platz südlich der Brienner Straße / westlich der Luisenstraße vor den Königsplatz

Begründung:

In der Vorschlagsliste des Kreisverwaltungsreferates vom 28.09.2010 zu den Standorten für einen Kulturstrand sind o.g. Standorte nicht geprüft bzw. in Betracht gezogen worden. Da die beiden vom Referat vorgeschlagenen Alternativen „Fortuna-Brunnen“ und „Ring des „Stacccioli“ gerade im Hinblick auf die Lärmbelastung der dortigen Wohnbevölkerung nicht zumutbar sind, müssen die o.g. Standorte in die Prüfung mit einbezogen werden.
Dem Stadtrat muss daran gelegen sein, einerseits die berechtigten Interesse der Anwohnerinnen und Anwohner, des Naturschutzes und der Stadtgestaltung gegenüber dem Interesse einer solchen attraktiven Kulturveranstaltung auf Grund entsprechender Fakten abwägen zu können.

gez. Georg Schlagbauer, Stadtrat	gez. Mario Schmidbauer, Stadtrat	gez. Otto Seidl, Stadtrat

CSU-Stadtratsfraktion,
Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765; email: csu-fraktion@muenchen.de

Dr. Georg Kronawitter

MITGLIED DES STADTRATS DER LANDESHAUPTSTADT MÜNCHEN

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
80331 München

ANTRAG
11.11.10

Rückgewinnung wertvoller Materialien aus Abfall und Abwasser in München

Der Stadtrat möge beschließen:
Unter Beteiligung von Abfallwirtschaftsbetrieb München (AWM) und Münchner Stadtentwässerung (MSE) wird dem Stadtrat im Wege einer Bekanntgabe dargestellt,

- welches Potential an wertvollen Materialien (z. B. Seltene Erden, Gold, Silber, Platin u.a.) in München im Abfall (im weitesten Sinne) und im Abwasser (Rückgewinnung von Chemikalien) vorhanden ist,

- wie der Stand der Rückgewinnungsrate bei den einzelnen Fraktionen in etwa ist,

- welche wirtschaftlichen Auswirkungen die Materialrückgewinnung auf die jeweiligen Jahresergebnisse von AWM und MSE derzeit hat,

- welche technisch-organisatorischen Möglichkeiten in absehbarer Zeit bestehen, die Ausbeute wirksam zu steigern,

- welche weiteren Vorstellungen der jeweiligen Werksleitung zu dieser Thematik existieren.

Begründung:
Mittlerweile ist auch der breiten Bevölkerung klar, dass die deutsche Wirtschaft als Teil der europäischen Wirtschaft vor zunehmenden Rohstoffbeschaffungsproblemen steht, wenn man insbesondere das Segment von Hochtechnologie-Produkten betrachtet, die auf den Einsatz von „Seltenen Erden“ angewiesen sind.

In den Industrienationen kommt daher dem gezielten Recycling eine wachsende Bedeutung zu. Die Stadt München könnte aufgrund der stark zentralisierten Bündelung der Abfall-Stoffströme eine wichtige Rolle spielen, wobei hier sicher die Zusammenarbeit mit Recycling-Spezialbetrieben unverzichtbar sein dürfte.

Möglicherweise ist hier auch der ein oder andere Paradigmenwechsel angesagt, denn vor noch nicht allzu langer Zeit war die offizielle Empfehlung des AWM, Elektrokleingeräte über die Restmülltonne zu entsorgen.

Das Thema erscheint gerade für einen Technologiestandort wie München zu wichtig, um es unbeachtet zu lassen.

gez.
Dr. Georg Kronawitter
Stadtrat

CSU-Fraktion, Rathaus, Marienplatz 8; 80331 München; Tel.: 233 92650; Fax: 29 13 765 www.wzim.de

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus

München, 11.11. 2010

Antrag

Frühe Chancen zur Sprachförderung nutzen

Die Stadtverwaltung wird gebeten, die erforderlichen Schritte bezüglich der von der Bundesregierung initiierten „Offensive Frühe Chancen“ (eine zusätzliche Sprachförderung besonders für Kinder unter 3 Jahren) in die Wege zu leiten, damit auch Kindertagesstätten in München durch die Finanzierung zusätzlichen Fachpersonals eine noch bessere Förderung anbieten können; dazu müssen interessierte Einrichtungen bis zum 15. Dezember 2010 eine so genannte „Interessenbekundung“ abgeben. Die Stadtverwaltung sollte hierzu prüfen,

1. welche der kommunalen Kindertagesstätten, die auch von unter 3-Jährigen besucht wird, geeignet sind;
2. ob die Landeshauptstadt München eine Informations- und Koordinierungsfunktion für die freien Träger übernehmen kann.

Außerdem bitten wir den Herrn Oberbürgermeister, sich über den Deutschen Städtetag dafür einzusetzen, dass die Fördermaßen auch auf Kindergärten und Horte – also Einrichtungen mit Kindern, die über 3 Jahre alt sind – ausgeweitet werden.

Begründung

Am 2.11.2010 hat Bundesfamilienministerin Kristina Schröder die „Offensive Frühe Chancen“ gestartet: 2011 bis 2014 werden rund 400 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um insbesondere Kinder unter 3 Jahren, die Hilfe bei ihrer sprachlichen Entwicklung brauchen, gezielt zu fördern. Damit sollen bundesweit bis zu 4.000 Einrichtungen unterstützt werden, indem ein Budget von 25.000 Euro pro Jahr für zusätzliches Fachpersonal (Teilzeitstelle) zur Verfügung gestellt wird, was bis zu 3 Stunden zusätzlicher Sprachförderung pro Woche bedeuten kann.

In München liegt der Anteil von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund bei rund 50 % und auch in den Einrichtungen für Kinder unter 3 Jahren sprechen 35 % eine andere Familiensprache als Deutsch. Gerade in München ist weitere sprachliche Frühforderung besonders wichtig, die sich aber nicht nur auf Migrantenkinder, sondern auch auf deutsche Kinder mit Sprachdefiziten beziehen muss.

Die Grünen-rosa liste, Marienplatz 8, 80331 München, Tel. 089/233-92620, Fax 089/233-92 684
www.gruene-muenchen-stadtrat.de, gruene-rosaliste-fraktion@muenchen.de

Möglichst frühe Förderung ist natürlich zu begrüßen, zusätzlich wäre aber eine Ausweitung der erweiterten Sprachförderung auf alle Kindertageseinrichtungen, also auch auf Kindergärten mit Kindern zwischen 3 und 6 Jahren sowie auch auf Horte mit Schulkindern, notwendig.

Fraktion Die Grünen-rosa liste

Initiative:
Dr. Florian Roth, Stadtrat
Gülseren Demirel, Stadträtin
Jutta Koller, Stadträtin
Sabine Krieger, Stadträtin
Siegfried Benker, Stadtrat

Richard Progl

Stadtrat in München

An Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
- oder Vertreter im Amt -

10. November 2010

<u>Antrag:</u> Sonntagsflohmärkte für karitative Zwecke erlauben

Der Stadtrat der Landeshauptstadt München möge beschließen:

> Flohmarktbetreiber dürfen auch an Sonn- und Feiertagen einen Flohmarkt abhalten, wenn sie ihre Einnahmen aus dem jeweiligen Flohmarkt nach Abzug ihrer Unkosten an soziale Einrichtungen spenden.

Begründung:

Flohmärkte werden durch das Kreisverwaltungsreferat in München generell nur an Werktagen (Mo.-Sa.) genehmigt. Für die Genehmigung eines Flohmarkts an Sonn- und Feiertagen muss der jeweilige Veranstalter dem Kreisverwaltungsreferat seine eigene Gemeinnützigkeit durch eine Bescheinigung des Finanzamts nachweisen.

Es gibt in München eine Reihe von Flohmarktbetreibern und anderen Privatpersonen, die selbst zwar keine Gemeinnützigkeit vorweisen können, mit ihren Einnahmen aus Sonntagsflohmärkten aber gerne soziale Einrichtungen in der Stadt unterstützen würden. Durch die Genehmigungsregeln des Kreisverwaltungsreferats ist ihnen die Abhaltung eines Sonntagsflohmarkts jedoch verwehrt.

Aus Sicht der Landeshauptstadt ist die Erhaltung von sozialen Einrichtungen, darunter auch Kindertagesstätten, Jugendheime u. ä. wünschenswert. Diese Einrichtungen verfügen meist nicht über die personellen Voraussetzungen, selbst Spendengelder über Flohmärkte zu generieren, sind aber dennoch dringend auf Spenden angewiesen.

Dem Sonntag kommt wegen des erhöhten Besucheraufkommens ein große Bedeutung zu. Sonntagsflohmärkte zu karitativen Zwecken sind deshalb äußerst effektiv und unterstützen direkt soziale Einrichtungen und Projekte in der Stadt. Die Landeshauptstadt München sollte daher ohne die Prüfung der Gemeinnützigkeit des Veranstalters Sonntagsflohmärkte generell erlauben, wenn sie ausschließlich karitativen Zwecken dienen.

Richard Progl
ehrenamtlicher Stadtrat

Herrn
Oberbürgermeister
Christian Ude
Rathaus
Marienplatz 8
80331 München

Anfrage
11.11.2010

Exzessiver Alkoholkonsum von Jugendlichen in München – Zahlen, Entwicklungen, Perspektiven

Einer ZDF-Dokumentation zufolge werden allein im Schwabinger Krankenhaus jedes Jahr 200 schwer alkoholisierte Jugendliche zur Behandlung eingeliefert. Auch bundesweit greift der exzessive Alkoholkonsum von Jugendlichen offenbar immer mehr um sich, wenn man Zahlen des Statistischen Bundesamtes glauben will – demnach wurden deutschlandweit im Jahr 2007 23.000 Zehn- bis Zwanzigjährige teils besinnungslos betrunken eingeliefert. Im Jahr 2000 waren es laut Statistischem Bundesamt 9500 Jugendliche, 2004 bereits 16.400 und im Jahr 2006 19.500 junge „Komasäufer". 2008 wurden zudem erstmals mehr Mädchen als Jungen in Kliniken eingewiesen. Auch der erste Rausch wird heute vielfach bereits im Kindesalter erlebt, mit gerade einmal 14 Jahren (nach: http://eltern.t-online.de/zdf-doku-ueber-komasaufen-mein-kind-im-vollrausch-/id_18976724/index [11.11.2010]). Hier stellt sich die Frage nach der Entwicklung in der bayerischen Landeshauptstadt.

<u>Ich frage den Oberbürgermeister:</u>

1. Über welche Zahlen verfügt die Stadt, was Quantität und Entwicklung eines ausufernden Alkoholkonsums unter Münchner Jugendlichen („Komasaufen") angeht? Inwieweit können städtische Stellen die in der genannten ZDF-Dokumentation erwähnte Zahl von rund 200 jährlich zur Behandlung eingelieferten Jugendlichen allein am Schwabinger Krankenhaus bestätigen? Welche Fallzahlen sind von anderen Münchner Krankenhäusern außer dem Schwabinger Klinikum bekannt? (Wenn vorhanden, bitte Zahlen seit dem Jahr 2000 aufführen!)

2. Welche Zahlen sind ergänzend ggf. bei der Münchner Polizei bekannt, was die Aufgriffe von schwer alkoholisierten Jugendlichen im Münchner Stadtgebiet und die damit einhergehende Gewaltbereitschaft angeht? Wie haben sich die Zahlen seit dem Jahr 2000 entwickelt? (Vgl. dazu: „Münchner Merkur", 06.07.2010, Art. „Alko-

b.w.

holverbot an Tankstellen - Gesetze gegen Komasaufen“: „Die Lage in Bayerns Städten und Gemeinden ist ernst, meint auch Rudolf Kraus, Polizeipräsident der Oberpfalz. Immer öfter würden seine Beamten betrunkene Jugendliche aufgreifen. Und mit dem Alkoholpegel steige auch die Gewaltbereitschaft. Selbst Attacken auf Polizisten seien keine Seltenheit mehr.“)

3. Inwieweit und anhand welcher Zahlen kann die Stadt ggf. den bundesweiten Trend bestätigen, daß Jugendliche immer früher mit exzessivem Alkoholkonsum beginnen und daß „Komasaufen“ längst kein männliches Geschlechterprivileg mehr ist?

4. Inwieweit und mit welchem Mittelansatz aus welchen städtischen Etats beteiligt sich die Stadt München an einschlägigen Aufklärungskampagnen z.B. der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) und/oder des Freistaats Bayern? Seit wann?

5. Welche speziellen Aufklärungsprogramme gibt es an Münchner Schulen?

6. Presseberichten zufolge lehnt die Stadt München „Testkäufe“, mit denen die Beachtung des Alkohol-Ausschankverbots an Jugendliche überprüft werden soll, ab und favorisiert stattdessen „Stichproben“. Der „Münchner Merkur“ (Ausgabe vom 05.08.2009) zitierte einen Sprecher der Münchner Jugendschutzstelle mit der Aussage: Es gebe „täglich Stichproben, ´ob Jugendliche trinken, die so aussehen, als wären sie jünger als 16 Jahre´.“ (http://www.merkur-online.de/nachrichten/politik/bayern-geht-gegen-koma-saufen-mm-433276.html [11.11.2010]) Von wie vielen täglichen Stichproben ist dabei auszugehen? Und in welchem Umfang werden nicht nur Jugendliche, „die so aussehen, als wären sie jünger als 16 Jahre“, sondern auch Gastwirte und andere Verkaufsstellen für Alkohol daraufhin überprüft, ob sie das Verbot der Alkoholabgabe an Jugendliche einhalten?

7. Wie viele Verstöße gegen das Verbot der Ausgabe von Alkohol an unter 16jährige registrierte die Stadt in den letzten Jahren (bitte möglichst jahrweise seit 2000 aufführen!)? Mit welcher Dunkelziffer ist dabei zu rechnen?

8. Inwieweit vertritt die Stadt München noch immer die Linie „Stichproben statt Testkäufe“?

Karl Richter
Stadtrat